FWG Fraktion / CDU Fraktion / SPD Fraktion / Bündnis90/Grüne Fraktion / FDP Fraktion / BfB Fraktion / Volt Fraktion

Bensheim, 23.10.2026

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christine Deppert
Rathaus der Stadt Bensheim

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Deppert,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag für einen **„Erinnerungs- und Lernort für Zivilcourage in Bensheim“** auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 5.11.26 zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In Bensheim wird ein **Erinnerungs- und Lernort für Zivilcourage** im öffentlichen Raum errichtet. Es soll explizit kein Denkmal sein.

2. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und dabei mögliche Formen und Standorte sowie die voraussichtlichen Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten mit folgenden Maßgaben darzustellen:

- Möglichkeit der Nutzung von freiwilligen privaten Geldern, insbesondere Crowdfunding und Spenden

- Förderungen prüfen, auch aus bestehenden Demokratie-Programmen

- Ressourcennutzung hinsichtlich Personalaufwand, z.B. aus der 0,5er Stelle bei der Caritas (Steuerung Demokratie-Programm Aktivitäten)

3. Bei der Standortwahl soll insbesondere darauf geachtet werden, dass der Ort
• öffentlich und gut zugänglich ist,
• eine angemessene Wahrnehmung des Erinnerungs- und Lernorts ermöglicht,
• zum Verweilen und Nachdenken einlädt und
• für die Einbindung in die lokale Bildungs- und Jugendarbeit geeignet ist

4. Bei der Erarbeitung sollen die Expertisen geeignete Personen und Institutionen aus Bensheim, die sich mit den Themen Zivilcourage, Demokratiebildung und gesellschaftlichem Engagement befassen, sowie das Projekt „Partnerschaft für Demokratie -- Bensheim lebt Demokratie" mit den Netzwerkpartnern eingebunden werden. Ebenso sollen Schulen wie beispielsweise Goethe Gymnasium und Geschwister Scholl Schule, AKG und Liebfrauenschule, die sich bereits mit Workshops mit dem Thema Demokratie und Zivilcourage befassen, einbezogen werden.

5. Weiterhin soll sich der Magistrat an bestehenden Erinnerungsorten für Demokratie und Zivilcourage in anderen Städten z. B. In Aschaffenburg, München-Solln, Frankfurt/Main, Offenbach orientieren bzw. Anregungen holen.

6. Der Magistrat wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum Ende des zweiten Quartals2027 eine entscheidungsfähige Grundlage zu folgenden Punkten vorzulegen:
• Gestaltung und Form,

Bensheim, 23.10.2026

- Standort,
- Einbindung in die Bildungs- und Jugendarbeit,
- Beteiligung der Stadtgesellschaft,
- Finanzierung sowie
- mögliche weitere Umsetzung.

Ziel der zeitlichen Vorgabe ist es, rechtzeitig vor dem Tag der Zivilcourage am 19. September 2027 eine ausreichende Grundlage für die weitere politische Beratung und die nächsten Umsetzungsschritte zu schaffen.

Begründung:

Zivilcourage ist ein wichtiger Bestandteil einer offenen, solidarischen und demokratischen Stadtgesellschaft. Sie bedeutet, nicht wegzusehen, wenn andere Menschen bedroht, diskriminiert oder ungerecht behandelt werden, sondern im Rahmen der eigenen Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen.
Ein Erinnerungs- und Lernort für Zivilcourage kann dieses Thema dauerhaft im öffentlichen Raum sichtbar machen. Im Mittelpunkt soll deshalb Zivilcourage als gesellschaftlicher Wert und als konkrete Handlungsaufforderung stehen.
Die politischen Gremien der Stadt Bensheim haben sich bereits in der Vergangenheit mit Möglichkeiten der Förderung von Zivilcourage beschäftigt. Der vorliegende Antrag greift dieses Anliegen erneut auf und verfolgt dabei bewusst einen Ansatz als Erinnerungs- und Lernort.
Besondere Bedeutung soll dabei der Einbindung in die Bildungsarbeit zukommen.
Auch die Finanzierung soll den gesellschaftlichen Charakter des Projektes widerspiegeln. Ein kommunales Crowdfunding beziehungsweise eine öffentliche Spendenaktion bietet die Möglichkeit, die Stadtgesellschaft unmittelbar an der Entstehung des Ortes zu beteiligen.
Gleichzeitig kann auf diese Weise die Belastung des städtischen Haushalts begrenzt werden.
Die Vorlage einer entscheidungsfähigen Grundlage bis zum Ende des zweiten Quartals 2027 soll sicherstellen, dass das Vorhaben nach der Beschlussfassung konkret weiterverfolgt wird und den politischen Gremien rechtzeitig vor dem Tag der Zivilcourage am 19. September eine belastbare Grundlage für die weiteren Entscheidungen zur Verfügung steht.

Andreas Scharff	Bernhard Stenger	Dr. Julia Hamm	Doris Sterzelmaier/ Michael Krapp
(FWG)	(CDU)	(SPD)	(GRÜNE)

Lisa Blumenschein	Stefan Beckmann	Elke Lefevre
(FDP)	(BfB)	(Volt)